

(Abgeordneter Günther.)

A) Dadurch war es uns erst möglich, den Krieg durchzuhalten. Das muß einmal ausgesprochen werden, gegenüber der Kritik, die außerhalb des Hohen Hauses vertreten wird, weil sonst sehr leicht über die berechtigten Wünsche, die hier befriedigt werden sollen, falsche Vorstellungen entstehen können. Es soll keine Wohltat sein, sondern ein gerechter Ausgleich, der durch die Kriegsnot herbeigeführt ist, an dem weder die Beamten noch die Arbeiter oder sonst jemand in Sachsen oder Deutschland Schuld trägt.

Wenn der Herr Finanzminister v. Seydewitz auf die Anerkennung der Beamten, die ihnen im Dekret Nr. 21 ausgesprochen wird, verwies, so schließen wir uns dieser Anerkennung durchaus an. Daß aber die Freude über das Dekret eine so ungeteilte ist, wie der Herr Vordner, nach seinen Ausführungen zu urteilen, anzunehmen schien, möchte ich nicht zugeben. Ich habe keinen Auftrag, bezüglich der Berücksichtigung der Beamten, die über 6000 M. Gehalt beziehen, eine Erklärung abzugeben. Bei der Besprechung mit dem Herrn Finanzminister ist, wenn ich mich recht entsinne, darauf hingewiesen worden, daß, wenn alle die Beamten, die mehr als 6000 M. beziehen, mit bei der Teuerungszulage Berücksichtigung finden sollten, ein weiterer Mehraufwand von 480 000 M. entstehen würde. Ich will das nur betonen, um zu zeigen, daß, wenn man die Gehaltsklasse von 6300 M. einbeziehen will und die anderen wegläßt, nicht etwa der Staat große finanzielle Erleichterungen erfährt. Ich will niemand einen Vorwurf aussprechen, sondern nur beweisen, wie die Verhältnisse liegen.

Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Standpunkte, daß bezüglich der Teuerungszulage den sozial Schwächergestellten das meiste gegeben werden müßte. Diesen Standpunkt haben wir auch bei der Besprechung mit dem Herrn Finanzminister eingenommen. Auch heute war unsere Aufgabe, wie auch die Ausführungen des Herrn Sekretärs Koch zum Ausdruck gebracht haben, das wieder auszusprechen. Unser Antrag, den Herr Sekretär Koch schon eingehend begründet hat, enthält aber auch eine Forderung für unsere Staatsarbeiter, denen man durch Lohnerhöhung oder durch Gewährung von Teuerungszulagen entgegenkommen müßte in einer Weise, die den Teuerungsverhältnissen und den Arbeiterlohnbedingungen entspricht. Mein Fraktionsfreund hat nach dieser Richtung hin schon klar gesagt, wie wir uns die Teuerungszulage vorstellen.

Wenn ich mir das Wort erbeten habe, so ist es nur geschehen, um einige Gedanken, die er ausgesprochen hat und die von anderer Seite zum Ausdruck gekommen sind, zu unterstreichen.

Der Sächsische Eisenbahnerverband wandte sich am 14. Dezember 1917 mit einer Eingabe an das Königliche Finanzministerium. Diese Tatsache war uns bei der Besprechung mit dem Herrn Finanzminister noch nicht bekannt. Wir kennen nun die Forderungen, die dabei an den Herrn Finanzminister gerichtet worden sind. Wenn wir davon Kenntnis gehabt hätten, würden wir die Wünsche, die uns berechtigt erscheinen, aufgenommen und mit Nachdruck der Königlichen Staatsregierung gegenüber vertreten haben.

Der Herr Finanzminister hat heute darauf hingewiesen, daß seit vorigem Jahre, wenn ich ihn recht verstanden habe, über 13 Millionen Lohnerhöhungen bewilligt worden sind. Wir haben bei dem Herrn Finanzminister volles Verständnis für die Kriegslage gefunden. Er hat den Verhältnissen, soweit es nach seiner Auffassung möglich war, Rechnung zu tragen gesucht. Ob es ihm aber in der gewünschten Weise und in dem Umfange möglich war und ob wirklich die Teuerungszulagen in einem Betrage gewährt worden sind, um der wirklichen Notlage in vielen Beamten- und Arbeiterkreisen zu steuern, ist strittig geblieben, und es ist eine Frage, die bei der Beratung der Finanzdeputation A geklärt werden muß.

Es ist auch schon in der Kammer ausgesprochen worden, daß die Lohnverhältnisse in der Rüstungs- und Munitionsindustrie weder für die Staatsregierung noch für uns maßgebend sein können, denn derartige Löhne sind vorübergehend, jedenfalls sind es ungemein hohe Löhne, was auch in den Kreisen der Staatsarbeiterschaft eingesehen wird. Man verlangt auch nicht derartig hohe Löhne, sondern nur einen Ausgleich,

(Zuruf links: Zum Leben!)

um mit den Familienangehörigen leben zu können. Man muß, wenn man helfen will, mehr die sozialen Verhältnisse der kleinen Beamten und Arbeiter berücksichtigen.

(Sehr richtig!)

Diesen Gesichtspunkt müssen wir als festes Ziel im Auge haben. Man muß auch weiter berücksichtigen, daß von der Bevölkerung Preise für den Lebensbedarf bezahlt werden müssen, die von den zuständigen Stellen vorgeschrieben werden.

(Sehr richtig!)

Man denke an die Lebensmittelpreise. Ich will mich bei der vorgerückten Zeit nicht mit Einzelheiten befassen, aber das möchte ich sagen: Je geringer das Einkommen ist, desto schwieriger wird es denjenigen, die über ein unge-